

DIE FINANZKRISE UND IHRE AUSWIRKUNGEN

## Schutzschirm für die Arbeitsplätze!

Die IG Metall kämpft auf vielen Ebenen dafür, die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Arbeitsplätze möglichst gering zu halten. Das reicht der Forderung nach Konjunkturlösungen an die Politik bis hin zu direkten Verhandlungen vor Ort in den Betrieben.

»Es geht um die Arbeitsplätze«, so das Credo des baden-württembergischen IG Metall-Bezirksleiters Jörg Hofmann – um einen Schutzschirm nicht nur für Banken und Betriebe, sondern auch für Beschäftigte. Der Forderungen von Gewerkschaften und SPD nach einem Konjunkturprogramm im Südwesten ist die Landesregierung inzwischen gefolgt.

Die IG Metall-Bezirksleitung und die Verwaltungsstellen helfen Belegschaften, die in Bedrängnis geraten. So zum Beispiel bei Getrag: Der Getriebehersteller mit seinen vier Standorten ist nach massiven Auftragseinbrüchen und gescheiterten Expansionsplänen unter Druck geraten. 380 Jobs sollen weg und es verlautete gar, dass das Werk Ludwigsburg geschlossen werden soll. Im Dezember hat die IG Metall mit der Geschäftsleitung Verhandlungen aufgenommen: Ziel ist ein Reorganisationskonzept, mit dem Arbeitsplätze und Standorte möglichst erhalten werden können. Und das ohne zusätzliche tarifliche Eingriffe, wie Verhandlungsführer Hubert Dünneheimer von der IG Metall-Bezirksleitung sagte. Im Januar wird bei Getrag weiter verhandelt.

In Esslingen beschloss die Delegiertenversammlung der IG Metall, »den Kampf um einen Schutzschirm für die Beschäftig-



Nicht für Banken, auch für die Arbeitsplätze sind Schutzschirme notwendig: Kundgebung während der Tarifrunde

ten offensiv zu führen«. Zusammen mit anderen regionalen Akteuren will die Esslinger IG Metall an alternativen Konzepten für Betriebe mit Problemen arbeiten. Es müsse der Grundsatz gelten: Lieber Stunden entlassen als Menschen! Bei Kurzarbeit müsse qualifiziert werden (siehe auch Bericht aus Gaggenau), bei der Ausbildung dürfe nicht gestrichen werden. ■

Aktuelle Informationen:  
► [www.bw.igm.de](http://www.bw.igm.de)

### Gaggenau: Verantwortung und Einsatz für alle!

Mit der Initiative »Einsatz für alle« unterstützt die IG Metall Gaggenau gezielt prekär Beschäftigte unter ihren Mitgliedern. Aktuell sind in der Region über 1000 Leiharbeiter von Jobverlust bedroht. Eine rasche Unterstützung für eine Arbeitsplatzvermittlung in dieser besonderen Situation fehlte bisher. Die IG Metall sprang sofort ein. Das betrifft die Beschaffung und Prüfung von Arbeitszeugnissen ebenso wie die

Unterstützung beim Dialog mit der Agentur für Arbeit. Das sind aber nur einige erste Schritte – mittelfristig greifende Maßnahmen sollen folgen. Dazu setzt die IG Metall das Knowhow der Transfergesellschaft B & Q activ ein. »Dimension und Geschwindigkeit dieses Problems hat auch uns überrascht«, sagt Gaggenaus Bevollmächtigter Roman Zitzelsberger. Im Kreis hänge jeder zweite Job des Verarbeitenden Gewerbes am Auto. »Die Lage ist nicht nur heute prekär, sie wird es auch morgen bleiben«, so die Zweite Bevollmächtigte Claudia Peter. Die IG Metall lädt deshalb am 5. Februar zu einer Konferenz ein, in der mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und Agentur für Arbeit umsetzbare Lösungsansätze diskutiert werden sollen. Motto: Verantwortung übernehmen!

IG Metall Gaggenau:  
► [www.gaggenau.igm.de](http://www.gaggenau.igm.de)

#### IN KÜRZE

#### HOLZ UND KUNSTSTOFF VOR HARTER TARIFRUNDE 2009

Bei Holz und Kunststoff kündigt sich eine harte Tarifrunde 2009 an. Die erste Tarifverhandlung über den von den Arbeitgebern gekündigten Manteltarifvertrag ist im Dezember ohne Ergebnis geblieben. Die Arbeitgeber haben drastische Einschnitte verlangt.

Die Forderungen der Arbeitgeber bezogen sich vor allem auf

Verschlechterungen für Schichtarbeit und Arbeitszeitkonten sowie bei der Alters- und Verdienstsicherung, berichtete Verhandlungsführerin Sabine Zach von der IG Metall-Bezirksleitung Baden-Württemberg. Als nächster Termin für die Verhandlungen zum Manteltarif ist nun der 27. Januar geplant.

Im Februar kommt die Tarifkommission der Holz und Kunststoff-Branche zur ersten Beratung über die ebenfalls anstehende Entgelt-Tarifrunde zusammen. In den Betrieben wird dann über die Forderung diskutiert werden. Im März wird die Tarifkommission die Einkommensforderung beschließen.

## Demos künftig erschwert?

Baden-Württemberg plant ein neues Versammlungsgesetz, das das Demonstrationsrecht unzumutbar einschränken würde, so der DGB.

Im Dezember rief unter anderem der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg zu einer Demonstration gegen die Gesetzespläne auf, der einige tausend Menschen folgten. Die Landesregierung wurde aufgefordert, das Recht auf Versammlungsfreiheit weiter zu garantieren und auf Pläne zu dessen Einschränkung zu verzichten.

Diese Einschränkungen würden vor allem auch gewerkschaftliche Aktionen treffen, kritisierte DGB-Chef Rainer Bliesener. Die Landesregierung plant ihr neues Versammlungsrecht auf der Grundlage des bayrischen Gesetzes. Gegen dieses Gesetz hat der DGB Bayern bereits Verfassungsklage eingereicht. Anlass für die Novellierung: eine bessere Handhabung gegen rechtsextremistische Auswüchse. Jedoch schießt das Land nach Meinung des DGB weit über das Ziel hinaus. So sol-

len künftig zum Beispiel die persönlichen Daten von Ordnern der Polizei gemeldet werden – eine hohe bürokratische Hürde etwa bei Großdemonstrationen mit 2000 Ordnern. Versammlungen auch in geschlossenen Räumen müssten der Behörde künftig 72 Stunden vorher gemeldet werden.

**Ein Militanz- und Uniformverbot** würde das Streikrecht tangieren. So kann das Tragen roter Kappen oder Helme, Streikwesten oder T-Shirts unter dieses Verbot fallen, wenn die Polizei die Lage als gefährlich einschätzt. Der DGB hat das Land aufgefordert, bis zu einer Verfassungsentscheidung in Bayern die Pläne ruhen zu lassen und bot seine Mitarbeit an einer Neufassung des Gesetzes an. ■

Einzelheiten beim DGB:  
► [www.bw.dgb.de](http://www.bw.dgb.de)

## Gesicherte Jobs bei Hornschuch

Zusatztarifvertrag garantiert Standort und Investitionen

Die rund 800 Beschäftigten von Hornschuch in Weißbach (Hohenlohekreis) freuen sich über sichere Tarifbedingungen bis Ende 2012. Der Zusatztarifvertrag wird weitergeführt, der Standort ist gesichert und der Arbeitgeber sagte Investitionen zu.

Bei dem Hersteller von Oberflächendekoration (d-c-fix und anderes) wurde vor einigen Jahren nach Management-Buyout und Übernahme ein erster Zusatztarifvertrag vereinbart, sagt Alfons Kuhnhäuser, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Schwäbisch Hall. Dabei wurde die Arbeitszeit von den tariflichen 37 Wochenstunden (Textilbranche) auf 39 verlängert.

»Mit dem neuen Zusatztarif kehrt Hornschuch wieder zum Flächentarif zurück«, sagt Kuhnhäuser, der mit Monika Lersmacher von der IG Metall-Bezirksleitung die Verhandlungen ge-

führt hat. Obwohl die Geschäftsleitung am liebsten an den 39 Stunden festgehalten hätte, wird die Arbeitszeit nun in mehreren Stufen auf 37,5 Stunden verkürzt. Ab 2013, wenn der Zusatztarif ausgelaufen ist, gelten wieder die tariflichen 37 Wochenstunden.

Es konnte noch mehr erreicht werden: zum Beispiel eine feste Übernahme der Azubis für ein Jahr – eine über den Flächentarif hinausgehende Regelung. Die Ausbildungsquote ist bei acht Prozent festgelegt. Auch bei der Altersteilzeit gilt eine um ein Prozent höhere Quote als im Flächentarifvertrag.

IG Metall-Mitglieder erhalten außerdem einen Sonderbonus. Die rund 300 Euro werden im August 2009 ausgezahlt. Kuhnhäuser: »Damit bedanken wir uns bei unseren Mitgliedern, die Belastungen auf sich genommen haben und uns die Stange halten.«



Foto: Helmut Roos

Avaya-Beschäftigte streiten weiter für Tarifbindung, hier in Freiburg

## Avaya: Weiter Kampf für die Tarifbindung

Bei Avaya kämpfen die Beschäftigten weiter für eine Tarifbindung (**metallzeitung** 10/2008). Nach zwei ergebnislosen Verhandlungen gab es Ende 2008 bundesweit erneut Warnstreiks auch an den baden-württembergischen Standorten, so in Freiburg und Stuttgart.

»Nur Tarifverträge garantieren sichere und faire Arbeitsbedingungen«, sagt Peter Hofer, Betriebsratsvorsitzender am Standort Stuttgart/Freiburg mit 230

Beschäftigten: »Entlohnung und Arbeitszeiten nach Gusto des Arbeitgebers werden wir nicht akzeptieren.« Nach dem Austritt aus dem Arbeitgeberverband verfolgen die Eigentümer eine Strategie der Auslagerung von Arbeit. »So wird unseren Technikern die Arbeitsgrundlage entzogen«, sagt Michael Rösch aus Freiburg, stellvertretender Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats: »Wir fürchten für 2009 einen massiven Personalabbau.«

## DGB-Aktion: Rente muss zum Leben reichen!

**Aktionswochen Alterssicherung:** Der DGB startet Anfang 2009 bundesweite Aktionswochen für eine bessere Rentenpolitik. Motto: »Die Rente muss zum Leben reichen!«. Etwas Besonderes hat sich der DGB Baden-Württemberg dazu ausgedacht: eine einwöchige Radtour nach Berlin. Sie startet nach der am 28. März geplanten Kundgebung im Mannheimer Maimarkt-Club mit DGB-Chef Michael Sommer.

Die Radtour wird durch die Bezirke Hessen-Thüringen, Niedersachsen-Sachsen-Anhalt, Sachsen und Berlin-Brandenburg führen. An der Strecke sollen öffentlichkeitswirksame Aktionen mit Beteiligung der Radler durchgeführt werden.

2009 ist ein Superwahljahr. »Wir wollen Politik bewegen«, teilt der DGB dazu mit. Der Startschuss fällt am 28. Januar in Berlin. Anfang Februar startet eine erste Großplakatserie, die deutlich machen soll, dass Altersarmut droht – wenn die Politik nicht gegensteuert.



### IMPRESSUM

IG Metall Bezirk Baden-Württemberg, Stuttgarter Str. 23, 70469 Stuttgart, Telefon 0711-16 58 1-0, Fax 0711-16 58 1-30. E-Mail: [bezirk.baden-wuerttemberg@igmetall.de](mailto:bezirk.baden-wuerttemberg@igmetall.de)  
Verantwortlich: Jörg Hofmann, Redaktion: K. Bliesener, U. Eberhardt